

[Textversion, 13.10.2002]

Österreich braucht jetzt die Grünen.

Das Wahlprogramm

**“Österreich braucht jetzt
Weitblick, Rückgrat und Menschlichkeit.”**
Prof. Dr. Alexander Van der Bellen

Österreich braucht jetzt die Grünen.

Nach dem Ende der blau-schwarzen Koalition warten dringende Aufgaben wie Umwelt- und Klimaschutz, Sicherung des Bildungs- und Sozialsystems sowie EU-Erweiterung weiterhin auf eine Lösung.

Das Wahlprogramm ist die Grundlage unserer Arbeit für die kommenden 4 Jahre im Parlament. Es ist unser Bekenntnis für ein offenes und zukunftsorientiertes Österreich.

Unser Programm verstehen wir als Angebot an all jene ÖsterreicherInnen, die ein Stück des Weges mit uns gemeinsam gehen wollen. Starke Grüne sind die Voraussetzung für eine inhaltliche Neuorientierung der Politik in Österreich, einer Politik auf den Grundwerten von Vielfalt, Respekt und Toleranz.

Dafür stehe ich gemeinsam mit den Grünen.

Alexander Van der Bellen

**“Wir können heute die Existenzgrundlagen
künftiger Generationen zerstören.
Oder sie sichern.”**
Dr. Eva Glawischnig

1. Österreich braucht jetzt Weitblick. Nachhaltigkeit für zukünftige Generationen

Die Zukunft wird von uns gestaltet. Neue Technologien, wissenschaftliche Weiterentwicklung und gesellschaftspolitische Veränderungen müssen keine Gefahr sein. In Verbindung mit dem Bewusstsein um die Bedeutung des Individuums, der Umwelt und der Erhaltung unserer Ressourcen sind sie unerlässliche Bausteine zur Gestaltung einer lebenswerten Zukunft.

Sorgloser Umgang mit Ressourcen kennzeichnete das 20. Jahrhundert. Umweltressourcen wurden kurzfristigen Interessen untergeordnet, Menschen und Umwelt vom Zentrum des Lebens zum Störfaktor in Wirtschaft, Produktion und gesellschaftlicher Organisation degradiert: Raubbau, Missachtung des Individuums, katastrophale Arbeits- und Lebensbedingungen für die überwiegende Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten sind die Konsequenz.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Vorstellung von Leben und Welt gewandelt: Der Mensch steht im Mittelpunkt des Seins und allen Handelns – allerdings in einer Umwelt, die durch begrenzte natürliche Ressourcen bestimmt ist. Nach und nach setzt sich dieses Wissen und Bewusstsein auch gesellschaftlich durch.

Die Konsequenz aus dieser veränderten Wahrnehmung des Menschen, der Natur und der Umwelt in dieser Welt ist ein Aufbruch zu Kreativität, zu fortschrittlichem und zukunftsorientiertem Gestaltungswillen: Es gibt kein chauvinistisches Beharren auf eine Rückkehr zu “früheren Werten” oder vergangenen “goldenen Zeitaltern” und kein Zurück hinter die Errungenschaften der Moderne. Es entsteht aber eine Gesellschaft, die ihre Ressourcen bewusst nutzt, um die Umwelt zu erhalten, die die Kreativität der Individuen dazu nutzen kann, um eine positive und lebenswerte Zukunft zu gestalten.

Im Prozess der technologischen Entwicklung ergibt sich die Möglichkeit, die Welt zu zerstören und alles Leben auf diesem Planeten zu vernichten. Es entsteht aber auch die Chance, eine bessere Welt zu schaffen, in der Technologie und gesellschaftliches Wissen bewusst zum Erhalt des Lebens, zum Ausbau der Lebensqualität und zur Sicherung der Existenzgrundlagen zukünftiger Generationen eingesetzt werden.

Diese - zweite - Chance lassen sich die Grünen nicht entgehen.

1.1. Mit Weitblick Umwelt schützen

Atomkraftwerke, gentechnisch veränderte Lebensmittel, Transitlawine: Umweltthemen lassen kaum jemanden kalt. Trotzdem haben es die Regierungen der letzten Jahrzehnte – gleichgültig welcher Farbmischung – verabsäumt, die Bedürfnisse der Menschen in diesem Land nach intakter Umwelt und Natur ernst zu nehmen.

Nicht zuletzt die Unwetter des vergangenen Sommers und die darauf folgenden Überflutungen haben aber deutlich vor Augen geführt, dass Planungsfehler und Ignoranz der verantwortlichen PolitikerInnen katastrophale Folgen haben.

Die Grünen bekennen sich zur Nachhaltigkeit im Umwelt- und Naturschutz: Nur sorgsamer und bewusster Umgang mit natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen wie Luft, Wasser und Nahrungsmittel sichert unsere Existenz in der Gegenwart sowie die Zukunft unserer Kinder. Nachhaltigkeit im Umgang mit Natur und Umwelt ist kein Gegensatz zur Moderne, sondern die Voraussetzung für Leben und Weiterentwicklung in einer modernen Gesellschaft.

Die Grünen treten zur Wende in der Umweltpolitik als Weg aus der Umweltkrise an. Kurzsichtige Interessenspolitik für technologische Auslaufmodelle und kurzfristige Profite haben keinen Platz in einer zukunftsorientierten Gesellschaft. Die Grünen beenden die unglaubliche, rückschrittliche Politik früherer Regierungen.

Grüne Umweltpolitik setzt um:

Die ökosoziale Steuerreform

Der ökosoziale Umbau des Steuersystems verschiebt Steuerlast weg von menschlicher Arbeit (Senkung der Lohnnebenkosten) hin zu Umwelt- und Ressourcenverbrauch, bietet Anreize zum Einstieg in umweltfreundliche, nachhaltige Technologien und schafft Arbeitsplätze. Das grüne Steuermodell ist aufkommensneutral, erzeugt also keine zusätzlichen budgetären Probleme. Es bringt für jeden Menschen in Österreich einen Umweltbonus. Familien, Lebensgemeinschaften, sozial schlechter Gestellte, viele Betriebe und die Umwelt profitieren von der grünen Steuerreform.

Ein starkes, eigenständiges Umweltministerium

Die Auflösung des Umweltministeriums und die Unterordnung von Umweltschutzinteressen unter Landwirtschaft und Wirtschaft sind sichtbare Zeichen dafür, dass die Umweltvorreiterrolle Österreichs unter Blau-Schwarz aufgegeben wurde. Ein eigenständiges Umweltministerium vereint Kompetenzen in den Bereichen Umweltschutz, Konsumentenschutz, Lebensmittelkontrolle, Gentechnik, Anlagenrecht und Energie. Ein starkes Umweltministerium ohne Gängelung durch den Wirtschaftsminister kann dringend nötige Reformen in den Bereichen Klimaschutz, Energiewende, Lebensmittelsicherheit und Infrastruktur vorantreiben.

Gesunde, gentechnik- und giffreie Lebensmittel

Die industrielle Landwirtschaft bedarf einer Totalreform: Allein die biologische Landwirtschaft sichert gesunde, gentechnikfreie und giffreie Lebensmittel. Sie muss massiv ausgebaut werden. Österreich strebt eine gentechnikfreie Zone in der Landwirtschaft an, Antibiotika werden aus der Tierhaltung verbannt, die Massentierhaltung zurückgedrängt. Effektive Lebensmittelkontrolle und volle Information für die KonsumentInnen garantieren zufriedene KonsumentInnen. Die ökologische Agrarwende sichert Arbeitsplätze im ländlichen Raum und erhält wertvolle Kulturlandschaft.

Der Weg aus dem Atomzeitalter

Atomkraft ist ineffizient, teuer und gefährlich. Langfristiges Ziel ist daher die hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien. Die Grünen treten für eine Auflösung der Euratom ein sowie für ein Ende der Förderung der Atomenergie. Zu fördern ist der Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Förderungen werden also nur noch für effiziente Energienutzung und erneuerbare Energien gewährt. Österreich hat besonders gute Voraussetzungen, mittelfristig die gesamte Energieversorgung auf eine erneuerbare Basis zu stellen. Die Grünen treten für eine atomkraftfreie EU innerhalb von zehn Jahren ein. Das ist technisch ohne Energieengpass machbar.

Umweltschutz als Katastrophenschutz und Zukunftssicherung

Der Schutz von Umwelt und Natur ist der beste Katastrophenschutz. Rückbau der Flüsse, Bremsen der Flächenversiegelung und nachhaltige Förderung des biologischen Landbaus sind aktiver Hochwasserschutz. Gemeinsam mit der raschen Umsetzung eines umfassenden Klimaschutzprogramms sichern wir so eine Zukunft ohne Angst vor Umweltkatastrophen und investieren auch in Zukunftstechnologien und Arbeitsplätze.

Luft zum Atmen, Wasser zum Trinken

Die Grünen zielen auf eine Trendumkehr in der Umweltpolitik ab, sie sind nicht die Notare einer schleichenden Umweltverschmutzung: Grenzwerte für Luft- und Wasserschadstoffe sind so festgesetzt, dass ein Schaden, der später mühsam "repariert" werden müsste, erst gar nicht eintritt. Sie orientieren sich stets am aktuellen Stand der Wissenschaft. Wasserentnahmen erfolgen nur so weit, wie eine natürliche Nachbildung gewährleistet ist. Wasser ist nicht Ware, sondern eine Lebensgrundlage.

Tierschutz

Tiere sind leidensfähige Lebewesen, deren Bedürfnisse zu respektieren sind. Der brutalen Ausbeutung von Tieren als Produktionsmaschinen in der Massentierhaltung, der Misshandlung bei den Tiertransporten oder bei Tierversuchen sind Grenzen zu setzen. Die Grünen verstehen sich als treibende Kraft im Kampf um mehr Rechte für Tiere. Ein erster Schritt dazu ist ein bundeseinheitliches

Tierschutzgesetz, das sicherstellt, dass überall und unter gleichen Bedingungen für die artgerechte Haltung von Tieren und für den respektvollen Umgang mit diesen Lebewesen gesorgt ist.

***Weniger Belastungen aus dem LKW-Verkehr,
Ausbau des öffentlichen Verkehrs***

Grüne Verkehrspolitik schafft Wahlmöglichkeiten und entlastet Straßen und Umwelt vom Stau: Höhere LKW-Maut, LKW-Fahrverbote, Anpassung der Dieselsesteuerung, Zurückfahren von Transitstraßenneubau und Verhinderung von Sozial- und Sicherheitsdumping entlasten vom LKW-Verkehr. Eine politische Offensive zur Förderung und Modernisierung des öffentlichen Verkehrs gewährleistet die Reduktion von Umweltschäden, lebenswerte Städte und auch für Junge, Frauen, Alte und Menschen im ländlichen Raum jene Mobilität, die in einer modernen, zukunftsorientierten Gesellschaft für alle unabdingbar ist.

Betroffenenrechte in Verwaltungsverfahren

Ein Ausbau der Betroffenenrechte, etwa im Anlagenrecht und der Umweltverträglichkeitsprüfung, stellt sicher, dass aktive BürgerInnen die Umsetzung des jeweils verträglichsten Projekts durchsetzen können. Aktive BürgerInnenbeteiligung schafft technologische Innovation, Problembewusstsein, Akzeptanz für Neues und verringert gesellschaftliche Konflikte.

1.2. Mit Weitblick wirtschaften

Österreichs Wirtschaft ist in traditionellen Sektoren verhaftet. Wenngleich es einige Vorzeigeunternehmen gibt, ist sie in qualitativ hochwertigen, technologieorientierten und wissensintensiven Branchen unterrepräsentiert. Eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik hat daher auf eine Stärkung dieser Wirtschaftsbereiche abzielen. Zukunftsweisende Technologien sind in besonders hohem Ausmaß umweltfreundlich und setzen Arbeitsbedingungen voraus, in denen Menschen kreativ und produktiv sein können. Eine Wirtschaft für Umwelt und Menschen ist daher auch eine besonders innovative Wirtschaft, die Zukunftsmärkte erschließt, Probleme löst und Arbeitsplätze schafft.

Doch keine Wirtschaft ohne Menschen, die sie "machen" – die kreativ sind, produzieren und Produkte wie Dienstleistungen konsumieren. Die Rezepte der derzeitigen Regierung zur Steigerung privater Nachfrage waren kontraproduktiv: Personen mit geringem Einkommen waren vom Sparkurs überproportional stark belastet. Und die viel umstrittene Steuersenkung brächte gerade Menschen mit niedrigem Einkommen kaum Vorteile. Aber es sind gerade die Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die mit ihrem Konsumverhalten die Nachfrage erhöhen und somit besonders viel zu einer Belebung der Wirtschaft beitragen können. Schwerpunkte grüner Wirtschaftspolitik sind daher die Förderung ökologisch und sozial ausgerichteter Zukunftsbranchen und die Belebung der Nachfrage durch Erhöhung der verfügbaren Nettoeinkommen.

Grüne Wirtschaftspolitik setzt um:

Ökosoziale Steuerreform

Das grüne Modell der ökosozialen Steuerreform ist aufkommensneutral und leitet eine ökologisch nachhaltige (Wirtschafts-)Entwicklung ein. Es ist ein Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die zentralen Eckpunkte der ökosozialen Steuerreform bestehen in einer spürbaren Senkung der Besteuerung des Faktors Arbeit bei gleichzeitiger moderater Erhöhung der Energiebesteuerung. Um verteilungspolitisch unerwünschte Effekte auszugleichen, werden Privatpersonen durch einen "Ökobonus" – also durch eine Anhebung des effektiv verfügbaren Nettoeinkommens – entlastet.

Moderne ökologische Wirtschaftspolitik

Die Grünen setzen als innovatives und ökologisch sinnvolles Konzept auf nachfrageseitige Impulse durch Umweltinvestitionen. Die Schaffung neuer Märkte und Arbeitsplätze ist ein zentraler Schwerpunkt zukünftiger österreichischer Wirtschafts- und Umweltpolitik. In den Bereichen Umwelttechnologien und Öko-Dienstleistungen gibt es riesige Wachstumschancen, die beweisen, dass das breitgetretene Vorurteil "Umweltschutz schadet Arbeitsplätzen" falsch ist. Um eine ökologisch wie ökonomisch nachhaltige Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich zu gewährleisten, starten die Grünen eine massive Wirtschaftsoffensive im Bereich von Öko-Industrien.

Nachfragebelebung durch Entlastung niedriger Einkommen

Durch Herabsetzung der Krankenversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen steigt das verfügbare Nettoeinkommen jener Menschen, die von einer steuerlichen Entlastung nicht oder kaum profitieren können.

Moderne Innovationspolitik

Spezifische Förderungen für Unternehmen und private Personen zur Anschaffung bzw. zum Ausbau moderner Informations- und Kommunikationstechnologien sowie für entsprechende Schulungsprogramme schaffen die Voraussetzung für den Sprung österreichischer Unternehmen in technologieorientierte und wissensintensive Branchen. Investitionen in den Ausbau von Breitbandnetzen schaffen die notwendige Infrastruktur.

Förderung von Start-up-Unternehmen

Der Ausbau des Informations- und Kommunikationstechnologiebereichs (IKT) setzt wirksam bei Kleinstunternehmen an. Die Schaffung von IKT-Zentren (etwa leerstehende Geschäftsflächen in Einkaufsstraßen) bietet im Entstehen befindlichen Unternehmen einen professionellen Rahmen (administratives Personal, Bürogeräte, Besprechungszimmer, etc.). Die Zentren sind Orte der Vernetzung und des Austausches. Sie werden als Geschäftsräume, Schulungszentren und Anlaufstellen für KundInnen genutzt.

Wohnbausanierung und Wärmedämmung

Investitionen in Wohnbausanierung und Wärmedämmung sowohl öffentlicher Gebäude als auch privater Häuser fördern beschäftigungsintensive Branchen (v. a. Klein- und Mittelbetriebe), erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen in ökologischen Wachstumsmärkten und tragen zur Vermeidung von Umweltverschmutzung bei. Das grüne Wohnbausanierungsmodell kann mit 400 Millionen Euro pro Jahr aus der Wohnbauförderung ein Investitionsvolumen von 1 Milliarde Euro auslösen. Damit wird im Wohn- und Kleinverbrauch die CO₂-Belastung der Umwelt um 4,4 Millionen t reduziert und es werden 9000 Arbeitsplätze geschaffen.

Der Klima- und Umweltcheck

Die Förderinstrumente des Bundes, der Länder und der Gemeinden werden einem Klima- und Umweltcheck unterzogen: Kontraproduktive Förderungen werden zurückgefahren oder neu ausgerichtet. Im Rahmen des Finanzausgleichs wird mit Zweckbindungen sichergestellt, dass Länder und Gemeinden ausreichend Mittel etwa zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs zur Verfügung stellen können.

Aufwertung stadtnaher Erholungs- und Schutzgebiete, Ökotourismus

Die Aufwertung stadtnaher Erholungsgebiete durch Verbesserung ihrer umweltfreundlichen Erreichbarkeit setzt Impulse für Freizeit und Umwelt. Mehr Engagement bei der Erhaltung und ökologischen Optimierung dezentraler Nüchtings- und Wegestrukturen im Berggebiet stärkt Tourismus im Einklang mit der Natur.

1.3. Mit Weitblick Bildungschancen sichern

Bildung öffnet die Tore zur Zukunft: Jeder Cent, der in die Aus- und Weiterbildung von Menschen investiert wird, schafft Chancen für Menschen, erweitert die Möglichkeiten politischer und gesellschaftlicher Partizipation sowie einer selbstbestimmten Gestaltung des Lebens. Das so investierte Geld kommt über Entwicklung und Ausbau zukunftstauglicher Technologien, zusätzliche Investitionen und höhere Löhne vielfach wieder zurück, also der Gesellschaft zugute. Insbesondere in den letzten Jahren wurde der Zugang zu Bildung beschränkt, wurden Bildungsangebote reduziert und wichtige Bildungs- und Forschungsgebiete als "Orchideenstudien" diffamiert. Es gibt viel zu tun, um den bildungs- und forschungspolitischen Rückstand, den Blau-Schwarz Österreich eingebrockt hat, wieder aufzuholen und den Menschen in Österreich Chancen für die Gestaltung der Zukunft zu bieten.

Grüne Bildungs- und Forschungspolitik setzt um:

Ein Platz für jedes Kind

Jedes Kind hat den Anspruch auf einen qualitativ hochwertigen und für die Eltern leistbaren, außerhäuslichen Kinderbetreuungsplatz. Die Ausbildung von KinderbetreuerInnen unserer Kinder ist uns ebenso wichtig wie deren Arbeitsbedingungen. Geschlechtersensible, integrative, integrierende und aktivierende Betreuung für alle Kinder ist Standard.

Lernen, das jungen Menschen Spaß macht

Die KlassenschülerInnenhöchstzahl ist auf 25 Kinder gesenkt. Angebote von BegleitlehrerInnen und zusätzlichen Schulveranstaltungen stellen sicher, dass jedes Kind seinen Platz in der Schule wie im Leben findet.

Integration statt Ausgrenzung in der Schule

In der Schule ist für alle Kinder Platz. Ausgrenzung auf Grund von Behinderung, geringer sprachlicher Kenntnisse oder anderer Umstände beraubt Kinder ihrer Erfahrungen mit der Umwelt und ist daher ausgeschlossen.

Zweisprachigkeit im Bildungssystem

Zweisprachiger Unterricht ist die Norm in einer Gesellschaft hoher Mobilität. Sie verbessert die Zukunftschancen aller Kinder und verringert Konfliktpotential in Schule und Gesellschaft. Das Erlernen der Muttersprache und einer Zweitsprache ist in Österreichs Schulen die Norm.

Das Recht auf Ausbildung und Qualifikation

Bildung ist nicht auf wenige Jahre eines Lebens beschränkt. Ein Recht auf lebensbegleitende Aus- und Weiterbildung ermöglicht berufliche Neu- und Umorientierung ein Leben lang und reduziert die Gefahr von Arbeitslosigkeit und sozialer wie gesellschaftlicher Ausgrenzung.

Die Bildungskarenz

Ein Recht auf Bildungskarenz bei Bezug einer existenzsichernden Grundsicherung erlaubt berufliche Neuorientierung oder Weiterbildung auch ohne soziale Gefährdung durch Verlust des Arbeitsplatzes.

Freier Zugang zum Studium

Der gesamte tertiäre Bildungssektor ist geöffnet, der freie Hochschulzugang als eine Errungenschaft österreichischer Hochschulpolitik ist wieder hergestellt, die unsoziale Studiengebühr abgeschafft. Universitäts- und Fachhochschulstudium sowie Weiterbildungsangebote (lebensbegleitendes Lernen) stehen auch jenen offen, die ihre Befähigung im Beruf oder durch andere gesellschaftliche Tätigkeiten erworben haben.

Studium ohne Existenzangst

Eine Grundsicherung während des Studiums ermöglicht ein Studium ohne sozialen Druck. Universitäten und alle anderen tertiären Bildungsinstitutionen sind als Teil der infrastrukturellen Grundsicherung für Studierende kostenlos zugänglich. Eine Bildungsförderung für junge Erwachsene sorgt dafür, dass niemandem aus finanziellen Gründen ein Studium verwehrt bleibt.

Eine teamorientierte, demokratische Universität

Der undemokratische, team- und wissenschaftsfeindliche Geist im Universitätsgesetz 2002 bleibt in der blau-schwarzen Flasche fest eingeschlossen. Eine Novellierung des Gesetzes im Interesse der Mehrheit der Lehrenden, Lernenden und Forschenden sichert eine autonome, von bürokratischen Zwängen und staatlichem Dirigismus befreite Universität, die über ausreichend Mittel verfügt, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Forschungspolitik mit Konzept

Die bisher als Anhängsel verschiedener Ministerien dahinwelkenden Forschungs- und Entwicklungsagenden sind an einer Stelle konzentriert. Ein langfristiges Konzept formuliert eine nachhaltige Strategie zur Organisation der Forschung, die sowohl die Grundlagen- als auch die anwendungsorientierte Forschung umfasst. Eine sinnvolle Forschungs- und Innovationspolitik braucht stabile Regelbudgets des Bundes. Eine öffentlich-rechtliche Stiftung für Forschung und Technologieentwicklung sichert daher die langfristige Finanzierung.

Ausbau von Forschungsanreizen

Starthilfen für forschungsorientierte Start-ups, Steueranreize und Abschreibungsmöglichkeiten für forschungsinteressierte Unternehmen, Kredite und Darlehen für Investitionen in die Forschung sowie koordinierter Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft schaffen neue Anreize für Wirtschaft und Industrie, verstärkt auf Forschung und Entwicklung zu setzen.

Offene Diskussion über biomedizinische Themen

Eine verstärkte und verpflichtende Verankerung von Wissenschaftsethik und Technologiefolgenabschätzung in Forschung und Lehre tragen dazu bei, dass auch auf die Sozial- und Umweltverträglichkeit von Forschung mehr Wert gelegt wird. Offene Diskussionen und Schwerpunktsetzungen im Bereich naturwissenschaftlich-medizinischer Ethik schaffen die Grundlage für eine problemlösungsorientierte Auseinandersetzung mit Chancen und Risiken neuer biotechnologischer Methoden.

**“Das Sozialsystem muss sich
nach den Menschen richten.
Und nicht umgekehrt.”**
Karl Öllinger

2. Österreich braucht jetzt Menschlichkeit. Soziale Sicherheit für ein selbstbestimmtes Leben

Das österreichische Sozialsystem ist noch immer auf eine Gesellschaft nach den Vorstellungen der 60er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts zugeschnitten. Auf eine Gesellschaft, in der Männer einer Erwerbsarbeit nachgehen und sich Frauen um die Familie kümmern, den Haushalt organisieren. Die Gegenwart ist jedoch von anderen Formen des Zusammenlebens gekennzeichnet: Neben Vater-Mutter-Kind-Familie, Lebensabschnittspartnerschaften und Patchwork-Familien haben auch sehr unterschiedliche Lebenskonzeptionen eine vielfältige Gesellschaft geschaffen.

Aber auch die Arbeitsrealität der Menschen hat sich verändert. Konnten ArbeitnehmerInnen noch vor zwei oder drei Jahrzehnten damit rechnen, von der Ausbildung bis zur Pension, wenn schon nicht im selben Unternehmen, so doch im selben Berufsfeld Beschäftigung zu finden, so erleben wir in der Gegenwart eine durchschnittliche Beschäftigungsdauer von 1,8 bis 2,7 Jahren pro Beschäftigungsverhältnis. Häufiger Wechsel des Jobs, des Berufsfelds und sogar der Form der Beschäftigung (ArbeiterIn, Angestellte/-r, freie/-r DienstnehmerIn, “neue/-r Selbständige/-r”, ...) sind typisch für Beschäftigungskarrieren der Gegenwart.

Damit beruht das Sozialsystem jedoch auf einer Grundlage, die weder der gesellschaftlichen Realität entspricht noch existenzsichernde Antworten auf die aus dieser veränderten Gesellschaft resultierenden sozialen Gefährdungslagen findet: Armut häuft sich in ganz bestimmten Lebenssituationen und bei bestimmten Bevölkerungsgruppen: im Alter, bei Menschen mit niedrigem Einkommen, Menschen mit schlechter oder beruflich nicht einsetzbarer Ausbildung, Frauen, AlleinerzieherInnen, Menschen mit Betreuungspflichten, Menschen mit Behinderung, ...

Die Antwort der Grünen auf die Krise des sozialen Sicherungssystems ist nicht der Abbau oder die radikale Neugestaltung durch ein System, das nur mehr auf Armenfürsorge ausgerichtet ist, sondern der behutsame Umbau. Das bestehende System ist durch eine bedarfs- und lebenslagenbezogene Grundsicherung zu erweitern und zu ergänzen: Der riesige Bereich unbezahlter Arbeit außerhalb der Erwerbsarbeit, der fast ausschließlich von Frauen geleistet wird, und die neuen, teilweise prekären Arbeitsformen dürfen nicht zum Ausschluss von sozialer Sicherung, zu Abhängigkeit und Armut führen.

2.1. Menschlichkeit und Existenzsicherung

Existenzsicherheit ist die Voraussetzung für soziale und gesellschaftliche Teilhabe. In diesem Sinn bekennen sich die Grünen zum Sozialstaat und zu den Forderungen des Sozialstaatsvolksbegehrens.

Das grüne Modell einer lebenslagen- und bedarfsorientierten Grundsicherung zielt darauf ab, die Teilhabemöglichkeiten aller an der Gesellschaft zu vergrößern. Das bedeutet nicht nur, dass alle am Reichtum der Gesellschaft, am Wohlstand, an der über den Staat organisierten infrastrukturellen Grundsicherung in Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Kultur und am politischen Geschehen teilhaben können, sondern auch, dass die Verteilung von Einkommen und Vermögen, von Zeit und Arbeitszeit neu organisiert werden muss. Das ist nicht nur eine sich aus dem Wert des Einzelnen ergebende Verpflichtung der Gesellschaft, sondern verbessert auch individuelle Chancen zur Umsetzung der selbst gesteckten Ziele für alle Menschen in diesem Land.

Grüne Sozialpolitik setzt um:

Die lebenslagen- und bedarfsorientierte Grundsicherung

Sicherheit, die lebenslagen- und bedarfsorientiert Chancen zur individuellen Weiterentwicklung bietet: eine Grundsicherung für Kinder, eine Grundsicherung im Arbeitsleben, eine Grundsicherung in Phasen der Betreuung von Mitmenschen und eine Grundsicherung im Alter. Dazu eine Grundsicherung an Infrastruktur, die den Menschen ein Leben in Würde erlaubt.

Einen Mindestlohn

Das Mindestlohngesetz legt die Untergrenze für ein gerechtes und existenzsicherndes Arbeitseinkommen fest. "Working Poor" hat keinen Platz in einer modernen Gesellschaft der Chancen.

Ein existenzsicherndes Arbeitslosengeld und eine existenzsichernde Notstandshilfe

Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe sind durch einen Sockel in existenzsichernder Höhe ergänzt, damit ein Verlust des Arbeitsplatzes nicht gleichbedeutend mit dem Verlust der Existenzgrundlage ist.

Ein bundeseinheitliches Sozialhilfegesetz

Armut und soziale Ausgrenzung unterscheiden sich nicht nach Bundesländergrenzen. Ein bundeseinheitliches Sozialhilfegesetz legt Mindeststandards für soziale Sicherung wie auch für Unterstützung bei der Wiedereingliederung in Gesellschaft und Arbeitsmarkt fest, die nicht unterschritten werden.

Einen eigenständigen Pensionsanspruch für alle

Das Pensionsmodell der Grünen schafft einen eigenständigen Pensionsanspruch für jeden Menschen. Abhängigkeit vom Partner und Altersarmut (etwa nach Scheidungen) ist damit ein Riegel vorgeschoben. Dieses Modell kommt insbesondere Frauen zugute, da nach wie vor 400 000 Frauen keinen eigenen Pensionsanspruch, sondern nur eine Gnadenpension (Witwenpension) haben.

Das Pensionssplitting

Die in der Partnerschaft erworbenen Pensionsansprüche werden zwischen PartnerInnen geteilt. Vereinbarungen über eine Aufteilung der Arbeit unter PartnerInnen bedrohen nicht mehr die Altersversorgung jener, die sich in bestimmten Phasen ihres Lebens für Haus-, Betreuungs- und Familienarbeit entscheiden.

Sicherung der Gesundheitsversorgung

Das Solidarprinzip in der Gesundheitsversorgung bleibt erhalten. Jeder Mensch erhält die jeweils für sie oder ihn beste Gesundheitsversorgung. Die unsoziale Ambulanzgebühr und die Besteuerung der Unfallrente gehören der Vergangenheit an.

Erschwingliches Wohnen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen. Erschwinglicher Wohnraum für alle Menschen ist durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen, reichend von vorausschauender Wohnbau- und Förderungspolitik über klare gesetzliche Mietzins- und Verwaltungskostenobergrenzen bis hin zu notwendigen Mietzinsbeihilfen, gewährleistet.

2.2. Menschlichkeit und Chancengleichheit

“Jede Frau und jeder Mann ist ihres/seines Glückes Schmied!” Die Realität ist eine andere. Der Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Weiterbildung, die Möglichkeiten der persönlichen Lebensplanung und –gestaltung bleiben beschränkt. Die Würde des Menschen aber verpflichtet die Gesellschaft hier unterstützend einzugreifen. Jeder Schritt, jede Chance, die ein einzelner Mensch für sich wahrnehmen kann, ist nicht nur ein persönlicher Gewinn an Erfahrung und Perspektiven, sondern ein unverzichtbarer Gewinn für die Gesellschaft. Menschlichkeit, die Chancen eröffnet, ist eine Menschlichkeit, die Politik bestimmen muss.

Grüne Politik der Chancen setzt um:

Das grüne Karenzkonto

Ein flexibles Karenzkonto erlaubt Eltern, die Betreuung ihrer Kinder so zu gestalten, wie es ihnen sinnvoll erscheint. Je nach Betreuungsmodell ermöglicht das Karenzkonto kürzere Betreuungsblöcke bei höherem Einkommen oder längere Blöcke bei geringerem Einkommen. Partnerschaftliche Aufteilung der Kinderbetreuung wird belohnt. Teilzeitkarenzphasen sind ebenso mit dem Konto vereinbar wie jede andere Form der Bindung an den Arbeitsplatz.

Ein Platz für jedes Kind

Jedes Kind hat den Anspruch auf einen qualitativ hochwertigen und für die Eltern leistbaren, außerhäuslichen Kinderbetreuungsplatz. Die Ausbildung von KinderbetreuerInnen unserer Kinder ist uns ebenso wichtig wie deren Arbeitsbedingungen. Geschlechtersensible, integrative, integrierende und aktivierende Betreuung für alle Kinder ist Standard.

Das Recht auf Bildung und Qualifikation

Bildung ist nicht auf wenige Jahre eines Leben beschränkt. Ein Recht auf lebensbegleitende Aus- und Weiterbildung ermöglicht berufliche Neu- und Umorientierung ein Leben lang und verhindert auf diese Weise Arbeitslosigkeit und soziale wie gesellschaftliche Ausgrenzung. Arbeitslose Menschen haben einen Anspruch auf Unterstützung bei der beruflichen Wiedereingliederung durch qualitativ vollwertige Aus- und Weiterbildung.

Aktive Arbeitsmarktpolitik und ein AMS, die ihren Namen verdienen

Die Grünen beenden die willkürliche und widmungsfremde Entnahme von Mitteln aus der Arbeitslosenversicherung. Die aktive Arbeitsmarktpolitik orientiert sich an der Entwicklung von Chancen und Perspektiven für arbeitslose Menschen: Statt versteckten Subventionen für Unternehmen und statistik-behübschender Beschäftigungstherapie für arbeitslose Menschen finanziert das Arbeitsmarktservice qualitativ hoch stehende Ausbildung und Qualifikation für jene Menschen, die es benötigen.

Studium ohne Existenzangst

Eine Grundsicherung während des Studiums ermöglicht ein Studium ohne sozialen Druck. Universitäten und alle anderen tertiären Bildungsinstitutionen sind als Teil der infrastrukturellen Grundsicherung für Studierende kostenlos zugänglich. Eine Bildungsförderung für junge Erwachsene sorgt dafür, dass niemandem aus finanziellen Gründen ein Studium verwehrt bleibt.

Ein einheitlicher ArbeitnehmerInnenbegriff

Ein einheitlicher ArbeitnehmerInnenbegriff stellt sicher, dass alle abhängig Erwerbstätigen gleichermaßen sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert sind. Freie DienstnehmerInnen, neue Selbständige und WerkvertragsnehmerInnen sind jenen Bereichen zugeordnet, zu denen sie gehören - in sehr vielen Fällen zu den abhängig Erwerbstätigen. Auch bei anderen atypischen Beschäftigungsformen wie etwa bei Teilzeit- und Leiharbeit ist eine gleichwertige sozial- und arbeitsrechtliche Behandlung gewährleistet.

Die Verknüpfung von Aufenthaltserlaubnis und Beschäftigungsbewilligung

Menschen, die sich legal in Österreich aufhalten, dürfen hier auch legal arbeiten. Sämtliche Einschränkungen der beruflichen Bewegungsfreiheit und ihre Folgen (Konkurrenz im Niedriglohnbereich, Ghettobildung, Armut und Marginalisierung, Sozialdumping, erzwungene Schwarzarbeit, ...) gehören der Vergangenheit an. Die politischen und sozialen Rechte der MigrantInnen müssen durchgesetzt werden

Die Öffnung des öffentlichen Lebens für behinderte Menschen

Der Abbau von Barrieren ist Voraussetzung für die freie Entfaltung von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Raum. Ein Behindertengleichstellungsgesetz schafft diese Voraussetzung.

Leistbarer Internet-Zugang für alle

Die Teilnahme am öffentlichen Leben über die Nutzung neuer Medien ist ein Grundrecht. Gebührenreduktionen für Menschen mit niedrigem Einkommen sowie Public Terminals ermöglichen den Weg ins Internet für alle.

2.3. Menschlichkeit und Selbstbestimmung

Existenzsicherung und Chancengleichheit sind die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Die Veränderung der Gesellschaft, von Partnerschaften, Arbeitsweisen, Lebenskonzepten und Lebenszielen ist eine Realität für viele Menschen. Sie muss auch eine Chance für alle Menschen sein. Der Umbau des Systems sozialer und gesellschaftlicher Sicherheit bedarf daher nicht nur technokratischer Korrekturen, nicht nur mehr "Treffsicherheit", sondern vor allem mehr Menschlichkeit. Menschlichkeit, die das Individuum in seinen persönlichen Vorstellungen von Leben, mit seinen Problemen, Sorgen und Ängsten wahrnimmt und ihm auch individuelle Wahlmöglichkeiten bietet. Nicht einmal, sondern ein ganzes, individuelles Leben lang ...

Grüne Politik der Selbstbestimmung setzt um:

Leben gestalten - Bildungskarenz

Das Berufsleben ist gestaltbar. Die Möglichkeit der Bildungskarenz unter Inanspruchnahme einer Grundsicherung erlaubt es, sich beruflich neu zu orientieren oder sich weiterzubilden, ohne damit auch gleich alle Ansprüche auf einen Arbeitsplatz zu verlieren.

Leben gestalten - Sabbatical

Das Sabbatical erlaubt es dem oder der Einzelnen, sich dann berufliche Auszeiten (mit Grundsicherung) zu nehmen, wenn er oder sie es am dringendsten benötigt, und so einem Burn-out vorzubeugen, sich einfach persönliche, zeitintensive Wunschträume zu erfüllen oder eine Neuorientierung zu ermöglichen.

Die Reform der Abfertigung neu

Die Abfertigung neu ist auch bei vorübergehender Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses (Erziehungs-, Pflege-, Bildungskarenz, Sabbatical) beanspruchbar. Damit wird in vielen Fällen eine Karenz erst leistbar.

Die Arbeitslosenanzwaltschaft

Arbeitslose erhalten eine Interessenvertretung gegenüber AMS und Gesetzgeber. Die – unabhängige – Arbeitslosenanzwaltschaft vertritt die Interessen von Arbeitslosen im Gesetzwerdungsprozess (Begutachtungsverfahren) ebenso wie als Ombudsstelle von Arbeitslosen gegenüber AMS und anderen Behörden.

Mitbestimmung in der Selbstverwaltung

Über eine demokratische Direktwahl der FunktionärInnen der Sozialversicherungen haben Versicherte direkten Einfluss auf die Arbeit der Sozialversicherungen. Die Verantwortlichen der Selbstverwaltung werden von anonymen FunktionärInnen zu AuftragsnehmerInnen der Versicherten. Mit direktem Mandat versehen können sie sich gegen ungerechtfertigte Eingriffe der Politik wehren.

Durchsetzbare Rechte für alte Menschen

Ein bundesweites Pflegeheimgesetz setzt Standards für Wohn- und Lebensbedingungen alter Menschen. Ein/-e unabhängige/-r HeimbewohnerInnen-AnwältIn stellt sicher, dass die Rechte alter Menschen und HeimbewohnerInnen auch umsetzbar sind.

Ausbau von Palliativmedizin und Hospizwesen

Palliativmedizinische Leistungen und Hospizeinrichtungen sind ausgebaut und in den Leistungskatalog der Krankenkassen integriert. Sie ermöglichen ein Sterben in Würde für alle sozialen Schichten.

Neue Medizinhaftung zur Stärkung der PatientInnenrechte

Ein Medizinhaftungsgesetz gewährleistet eine objektive Klärung und Streitschlichtung in Konflikten zwischen PatientInnen und ÄrztInnen und schafft Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

**“Wenn eine Gesellschaft andere
ausgrenzt und verletzt, verletzt
sie sich selbst am meisten.”**
Prof. Dr. Alexander Van der Bellen

3. Österreich braucht jetzt Rückgrat. Vielfalt als Stärke einer offenen Gesellschaft

Wir leben in einer Welt. Umweltprobleme, Bildungsfragen, Menschenrechte, fehlende Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung oder gesellschaftliche Konflikte kennen keine Grenzen. Die elementaren Probleme dieser Welt sind nur global zu lösen. Kein Schritt zur Lösung dieser Probleme ist eine rein auf wirtschaftliche Aspekte reduzierte Globalisierung. Die Grünen verstehen sich als Teil einer globalen Bewegung für Geschlechtergerechtigkeit, gerechte Verteilung der Ressourcen, Menschenrechte, kulturelle und sprachliche Vielfalt, Umweltschutz und Frieden ...

Die Grünen bekennen sich zur Erweiterung der Europäischen Union als Möglichkeit, bestehende Probleme im Rahmen der Zusammenarbeit offener, demokratischer und emanzipatorischer Gesellschaften nachhaltig zu lösen und (historische) Konflikte zu überwinden. Doch zur Bewältigung der Probleme in dieser Welt, die auch vor Österreich nicht Halt machen, ist Rückgrat gefragt.

3.1. Mit Rückgrat zur Gleichstellung von Frauen

Frauen verdienen immer noch um ein Drittel weniger als Männer, haben geringere Karrierechancen und tragen den weitaus überwiegenden Anteil der Haushalts- sowie der Betreuungsarbeit. Frauen bewegen sich mehrheitlich in wenigen Berufsfeldern, die in der Regel schlechter bezahlt sind als "männliche" Berufsfelder, und stoßen auf dem Weg in Spitzenpositionen auf "gläserne" Decken, die auf Grund unterbrochener Erwerbsbiographien (etwa zur Kinderbetreuung) und männlicher Seilschaften undurchdringbar erscheinen.

Eine moderne, zukunftsorientierte Gesellschaft kann es sich nicht leisten, 52 % der Menschen zu diskriminieren und diese in ihrer Produktivität und Kreativität zu beschränken. Die Gleichstellung der Frau ist eine der wichtigsten Zukunftsprojekte, aber auch der Zukunftschancen einer Gesellschaft.

Grüne Frauenpolitik setzt um:

Stärkung von Frauen im Berufsleben

Geschlechtersensibler Schulunterricht und spezielle Begleitung bei der Berufswahl verbreitern das Spektrum, in dem Frauen tätig sind. Frauenspezifische Aus- und Weiterbildungsprogramme erleichtern den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen nach Erwerbspausen oder beim Wechsel des Arbeitsbereichs. Ziel ist, dass jede Frau, die berufstätig sein will, einen guten Arbeitsplatz bei gerechter Bezahlung findet.

Frauen durchbrechen die gläserne Decke

Frauenförderungsprogramme in den Betrieben zerschlagen die gläserne Decke, die Frauen den Weg in Führungspositionen versperrt. Öffentliche Aufträge sind an die Existenz von Frauenförderungsplänen gebunden.

Mindestens 50 % Frauen in Regierung und Parlament

In einer Gesellschaft, die eine gleichberechtigte Rolle der Frauen anstrebt, haben die obersten RepräsentantInnen des Staates beispielhaft voranzugehen. Die Parteienfinanzierung ist auf geschlechtergerechte Repräsentation in den Parlamenten ausgerichtet.

Gender Mainstreaming

Jede Verwaltungstätigkeit des Staates sowie jede gesetzliche Maßnahme ist auf etwaige geschlechtsspezifisch unterschiedliche Auswirkungen zu überprüfen. Staatliches Handeln hat die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern.

Ein eigenständiger Pensionsanspruch

Das Pensionsmodell der Grünen schafft einen eigenständigen Pensionsanspruch für jeden Menschen. Abhängigkeit vom Partner und Altersarmut (etwa nach Scheidungen) ist damit ein Riegel vorgeschoben. Dieses Modell kommt insbesondere Frauen zugute, da nach wie vor 400 000 Frauen keinen eigenen Pensionsanspruch haben.

Ein eigenständiges Frauenministerium

Das Frauenministerium verfügt über die Mittel, Frauenförderungsprogramme zu entwickeln, deren Umsetzung zu begutachten und gegebenenfalls bei unerwünschten Entwicklungen (etwa einer Vergrößerung der Einkommensschere) entgegenzusteuern. Frauenorganisationen und -projekte erhalten Basisförderung aus den Mitteln des Frauenministeriums. Die Frauenministerin kann überdies durch ihr Vetorecht im Ministerrat frauenfeindliche Vorhaben verhindern.

3.2. Mit Rückgrat Partnerschaft fördern

Der weitaus überwiegende Anteil der Haushalts-, Familien- und Betreuungsarbeit ist Frauenarbeit. Partnerschaftliche Aufteilung dieser Arbeitsbereiche zwischen den Geschlechtern bringt allen Beteiligten etwas: bessere Berufschancen und Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen, neue Erfahrungen und Verantwortung für Männer, mehr Kontakt für zu Betreute und positive Vorbilder für Kinder. Partnerschaft bedeutet aber auch, dass lesbische und schwule Paare dieselben Rechte erhalten wie heterosexuelle Paare.

Grüne Politik der Partnerschaften setzt um:

Das grüne Karenzkonto

Ein flexibles Karenzkonto erlaubt Eltern, die Betreuung ihrer Kinder so zu gestalten, wie es ihnen gefällt. Je nach Betreuungsmodell ermöglicht das Karenzkonto kürzere Betreuungsblöcke bei höherem Einkommen oder längere Blöcke bei geringerem Einkommen. Partnerschaftliche Aufteilung der Kinderbetreuung wird belohnt. Teilzeitkarenzphasen sind ebenso mit dem Konto vereinbar wie jede andere Form der Bindung an den Arbeitsplatz.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Jedes Kind hat den Anspruch auf einen qualitativ hochwertigen und für die Eltern leistbaren, außerhäuslichen Kinderbetreuungsplatz. Die Ausbildung von KinderbetreuerInnen unserer Kinder ist uns ebenso wichtig wie deren Arbeitsbedingungen. Geschlechtersensible, integrative, integrierende und aktivierende Betreuung für alle Kinder ist Standard. Berufliche Aktivität der Eltern ist kein Grund für "schlechtes Gewissen".

Vaterschaftsurlaub für Männer bei Geburt ihres Kindes

Analog zum Mutterschutz haben Männer Anspruch auf Vaterschaftsurlaub bei der Geburt ihrer Kinder. Die Bindung, die ein Kind in den ersten Lebenswochen zu seinen Eltern aufbaut ist ein Kapital für das Leben: Sie bietet Sicherheit und schafft Vertrauen, und sie schafft die Voraussetzungen für eine partnerschaftliche Kinderbetreuung.

3.3. Mit Rückgrat zu Vielfalt durch Integration

Ausgrenzende Gesellschaften sind verletzend, aber auch verletzte Gesellschaften: Ausgrenzung zerstört Selbstbewusstsein, Kreativität sowie Solidarität und ersetzt sie durch Unsicherheit, Aggression und gesellschaftliches Konfliktpotential. Zur Bewältigung der Gegenwart wie auch der Zukunft bedürfen wir der Kreativität, des Selbstbewusstseins und der gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen, die teilhaben wollen, unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung, sozialer oder geographischer Herkunft, Hautfarbe, Muttersprache oder Religion. Ausgrenzung können und wollen wir uns nicht leisten.

Grüne Integrationspolitik setzt um:

Die Gleichstellung aller Menschen

Alle Menschen, die hier leben, haben auch gleiche Rechte und Chancen. Ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz bietet die Möglichkeit, gegen jede Form der Diskriminierung wirksam vorzugehen. Der Ausschluss eines Teils der Gesellschaft von Rechten und vom Zugang zu Ressourcen und die daraus resultierende Entsolidarisierung hat keinen Platz in Österreich.

Zweisprachigkeit im Bildungssystem

Zweisprachiger Unterricht ist die Norm in einer Einwanderungsgesellschaft, verbessert die Zukunftschancen aller Kinder und verringert Konfliktpotential in der Schule und in der Gesellschaft. Das Erlernen der Muttersprache und einer Zweitsprache ist in Österreichs Schulen die Norm.

Die Verknüpfung von Aufenthaltserlaubnis und Beschäftigungsbewilligung

Menschen, die sich legal in Österreich aufhalten, dürfen hier auch legal arbeiten. Sämtliche Einschränkungen der beruflichen Bewegungsfreiheit und ihre Folgen (Konkurrenz im Niedriglohnbereich, Ghettobildung, Armut und Marginalisierung, Sozialdumping, erzwungene Schwarzarbeit, ...) gehören der Vergangenheit an.

Integration ohne Zwang

Für die berufliche und gesellschaftliche Integration werden auf unterschiedliche Bedürfnisse der MigrantInnen abgestimmte Sprach-, Berufsorientierungs- und -weiterbildungskurse ohne Strafdrohung und Zwang angeboten.

Die Öffnung des öffentlichen Lebens für behinderte Menschen

Der Abbau von Barrieren ist Voraussetzung für die freie Entfaltung von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Raum. Ein Behindertengleichstellungsgesetz schafft diese Voraussetzung.

Die Ausweitung des Wahlrechts

Eine Wahlrechtsreform (Wahlaltersenkung, kein Ausschluss vom Wahlrecht für Strafgefangene, AusländerInnenwahlrecht) stellt sicher, dass alle in Österreich lebenden und an der Gesellschaft teilhabenden Menschen an der politischen Willensbildung mitwirken können.

3.4. Mit Rückgrat für Vielfalt der Lebensentwürfe

Vielfalt braucht gleiche Rechte. Noch immer können nicht alle Menschen gemeinsam mit ihren LebenspartnerInnen in Mietverträge eintreten, bei Adoptionen Sorgerechte für Kinder der PartnerIn übernehmen oder Erbschaften antreten. Politik hat jedoch Menschen, und nicht eine bestimmte Form von Zusammenleben zu fördern. Individuelle Lebensentwürfe sind nicht mit dem Strafrecht zu behandeln: Junge Menschen haben das Recht, über ihre Liebe und ihr Konsumverhalten ohne Angst zu entscheiden.

Grüne Politik der Vielfalt setzt um:

Partnerschaft neu - gleiche Rechte für alle

Vor dem Staat sind alle Partnerschaften – egal ob homo- oder heterosexuell – gleichgestellt. Partnerschaften können staatlich registriert werden. Lesbische und schwule Paare erhalten - wenn sie es wollen - damit jene Rechte, die für heterosexuelle Partnerschaften selbstverständlich sind.

Liebe steht nicht unter Strafe

Der Staat mischt sich in die Wahl der PartnerInnen und der Lebenskonzeptionen nicht ein. Gesetze, die selbstbestimmte Liebe für über 14-Jährige unter Strafe stellen, entfallen.

Leben gestalten

Das Berufsleben ist gestaltbar. Die Möglichkeit der Bildungskarenz unter Inanspruchnahme einer Grundsicherung erlaubt es, sich beruflich neu zu orientieren oder sich weiterzubilden, ohne damit auch gleich alle Ansprüche auf den Arbeitsplatz zu verlieren. Das Sabbatical erlaubt es dem oder der Einzelnen, sich dann berufliche Auszeiten (mit Grundsicherung) zu nehmen, wenn er oder sie es am dringendsten benötigt, und so einem Burn-out vorzubeugen oder sich einfach persönliche, zeitintensive Wunschträume zu erfüllen.

3.5. Mit Rückgrat für Vielfalt bei Medien und Kultur

Der unverschämte Griff nach Kontrolle über Medien und Kulturbereich kennzeichnete die ersten Monate der blau-schwarzen Regierungsarbeit. Die Grünen gehen den umgekehrten Weg: Nicht Kontrolle, sondern der Ausbau von Freiheit und Zugang zu Medien und Arbeit im Kulturbereich fördert Kreativität, freie Meinungsäußerung, öffentliche Debatte, Kontrolle der Mächtigen und somit politische Partizipation.

Grüne Medien- und Kulturpolitik setzt um:

Unabhängigkeit des ORF

Die Unabhängigkeit des ORF ist wieder hergestellt. JournalistInnen können ohne Furcht vor Einflussnahme ihrer Arbeit nachgehen.

Unterstützung für freie Medien

Freies Radio, Fernsehen und freie Online-Medien sind eine wichtige Ergänzung zum öffentlichen und privaten Rundfunk und ein Medium der politischen und gesellschaftlichen Partizipation. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gebietet, freie Radios finanziell abzusichern.

Presse- und Publizistikförderung

Die Presse- und Publizistikförderung zielt auf Schaffung und Erhaltung von Medienvielfalt. Gefördert werden nicht automatisch marktbeherrschende Publikationen, sondern jene, die im Sinne einer pluralistischen Gesellschaft von Bedeutung sind. Rechtsextremistische und den Nationalsozialismus verherrlichende Publikationen sind von Förderungen ausgeschlossen.

Eigene Posttarife für Printmedien

Posttarife sind so gestaltet, dass sie auch für kleine Publikationen leistbar sind und auf diese Weise die Medienvielfalt in Österreich fördern.

Einrichtung eines Kulturenministeriums

Das Kulturenministerium vereint die bisher zersplitterten Kunst- und Kulturagenden und die österreichischen Kulturforen in aller Welt. Mit einem entsprechenden Budget versehen schafft es die Voraussetzungen zur Förderung zeitgenössischer kultureller Ausdrucksformen und damit zum Erhalt Österreichs als Land besonderer kultureller Leistungen in der Zukunft.

Erhöhung des Kulturbudgets um 60 Mio. Euro

Die traditionellen Kultureinrichtungen Österreichs haben ihren Platz und ihr Budget. Die aktive Gestaltung der Zukunft bedarf jedoch einer zusätzlichen Förderung des kritischen Diskurses, der Förderung zeitgenössischer Kunst- und Kulturformen sowie deren Vermittlung.

Soziale Absicherung von Kulturschaffenden

Die KünstlerInnen-Sozialversicherung bietet den Versicherten auch echte und umfassende soziale Sicherheit. Die blau-schwarze Mogelpackung ist Altpapier.

Privatkommunikation ist Privatsache

Kryptographie ist möglich. Legales Verschlüsseln schützt Kommunikation vor neugierigen Blicken von NachbarInnen, staatlichen Behörden und interessierten Unternehmen.

Leistbarer Internet-Zugang für alle

Die Teilnahme am öffentlichen Leben über die Nutzung neuer Medien ist ein Grundrecht. Gebührenreduktionen für Menschen mit niedrigem Einkommen sowie Public Terminals ermöglichen den Weg ins Internet für alle.

Open Source fördert Kreativität und technologische Entwicklung

Die Weiterentwicklung von Software ist nicht auf MonopolistInnen beschränkt. Open Source schafft allen Interessierten die Möglichkeit, an der Weiterentwicklung moderner Kommunikationstechnologien mitzuarbeiten. Eine Schranke für diese Technologien können wir uns nicht leisten: Österreich bevorzugt Open-Source-Software.

3.6. Mit Rückgrat Demokratie und BürgerInnenrechte ausbauen

Nicht zuletzt in Zusammenhang mit den Ereignissen vom 11. September 2001 – den Terrorangriffen von New York, Washington und Pennsylvania – sind BürgerInnenrechte unter Druck gekommen. Moderne Technologien lassen staatliches Handeln für den und die einzelne/-n undurchschaubar erscheinen. Doch Sicherheit ist ein Gefühl: das Gefühl, das eigene Leben ohne Bedrohung gestalten zu können. Sicherheitspolitik ist daher in erster Linie eine Politik, die Ängste nimmt und Frauen und Männern Chancen auf Entfaltung und Freiraum gibt.

Menschen, die Rechte haben, ihre Rechte kennen, diese vertreten und gegebenenfalls auch einfordern können, sind mündige Menschen. Mündige Menschen sind keine Gefahr für den Staat, sondern eine Bereicherung für Demokratie und Gesellschaft. Mündige Menschen schaffen ein Gefühl von Sicherheit.

Grüne Demokratiepoltik setzt um:

Keine staatliche Verletzung von Grundrechten und Privatsphäre

Die Grünen beenden den unkontrollierbaren Einsatz von grundrechtsverletzenden Ermittlungsmethoden wie großer Lauschangriff und Rasterfahndung oder die besonderen Ermittlungsrechte militärischer Geheimdienste in Österreich.

Das Recht auf Information

Die BürgerInnen haben ein Recht auf Information. Ein einklagbares Recht der BürgerInnen auf jene Informationen, die dem staatlichen Handeln zu Grunde liegen, verhindert Machtmissbrauch und erlaubt mündigen BürgerInnen, ihre Interessen konsequent zu vertreten.

Datensicherheit und Datenschutz

Die Grünen schaffen Sicherheit über jene Daten, die Ämter und Behörden, aber auch Private von den Menschen in Österreich gespeichert haben. Sie beenden den unkontrollierten Zugriff der Behörden auf E-Mails, Handys oder Surfverhalten. Ein Ausbau des Datenschutzes gibt den Betroffenen die Entscheidungsautonomie über die Verwendung ihrer Daten zurück.

Betroffenenrechte in Verwaltungsverfahren

Ein Ausbau der Betroffenenrechte, etwa im Anlagenrecht und der Umweltverträglichkeitsprüfung, stellt sicher, dass aktive BürgerInnen die Umsetzung des jeweils verträglichsten Projekts durchsetzen können. Aktive BürgerInnenbeteiligung schafft technologische Innovation, Problembewusstsein, Akzeptanz für Neues und verringert gesellschaftliche Konflikte.

Ausbau der BürgerInnenrechte

Die Position der BürgerInnen gegenüber Staat und Exekutive ist gestärkt. Menschenrechte gelten ungeteilt für alle. Eine Kodifikation bestehender und zu erweiternder Grund- und Menschenrechte ermöglicht es mündigen BürgerInnen, ihre Rechte zu kennen und deren Achtung einzufordern. Vorhandene Rechtsmittel sind ausgebaut und effizienter Rechtsschutz ist gegeben.

Neue Medizinhaftung zur Stärkung der PatientInnenrechte

Ein Medizinhaftungsgesetz gewährleistet eine objektive Klärung und Streitschlichtung in Konflikten zwischen PatientInnen und ÄrztInnen und schafft Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Durchsetzbare Rechte für alte Menschen

Ein bundesweites Pflegeheimgesetz setzt Standards für Wohn- und Lebensbedingungen alter Menschen. Ein/-e unabhängige/-r HeimbewohnerInnen-AnwältIn stellt sicher, dass die Rechte alter Menschen und HeimbewohnerInnen auch umsetzbar sind.

Ausbau der Diversion - Bewährungshilfe

Der außergerichtliche Tatausgleich ist ausgeweitet, die Bewährungshilfe als wichtiges Element zur Reintegration straffällig gewordener Menschen gestärkt.

Menschenrechtserziehung

Menschen- und besonders Frauenrechtserziehung in Schulen stärkt das Selbstbewusstsein der SchülerInnen und damit das demokratische System. Verstärktes Augenmerk auf Menschenrechte in der Polizeiausbildung reduziert Konflikte zwischen BürgerInnen und Exekutive.

Mitbestimmung in der Selbstverwaltung

Über eine Wahl der FunktionärInnen der Sozialversicherungen haben Versicherte direkten Einfluss auf die Arbeit der Sozialversicherungen. Die Verantwortlichen der Selbstverwaltung werden von anonymen FunktionärInnen zu AuftragsnehmerInnen der Versicherten. Mit direktem Mandat versehen können sie gegen ungerechtfertigte Eingriffe der Politik wehren.

Transparenz statt Proporz

Grüne in der Politik sorgen für ein Ende der rot-schwarz-blauen Aufteilung der Republik. Parteinähe oder –mitgliedschaft spielt definitiv keine Rolle mehr bei der Besetzung von Posten. Hohe Positionen im staatlichen und staatsnahen Bereich werden nach öffentlichen Hearings vergeben. Machtmissbrauch durch intervenierende Interessengruppen und Parteien ist damit der Riegel der öffentlichen Meinung vorgeschoben.

Keine Schusswaffen im Haushalt

Schusswaffen haben im Haushalt und in der Öffentlichkeit nichts verloren. Für den Gebrauch und die Aufbewahrung von beruflich oder zum Zweck des Sports benötigten Waffen gibt es klare Sicherheitsrichtlinien.

3.7. Mit Rückgrat aktive Neutralität gestalten

Als neutrales Land hat Österreich eine besondere Mediation, im Sinne der Konfliktprävention und der Moderation regionaler wie globaler Konfliktpotentiale tätig zu werden. Eine international anerkannte Position als neutraler Partner und Vermittler erlaubt es Österreich, in Fragen der Menschenrechte, der Sicherung der Umwelt und der sozialen Gerechtigkeit glaubhaft und nachdrücklich aktiv zu sein. Der Beitritt zu einem Militärbündnis reduziert diese Chancen. Österreich tritt keinem Militärbündnis bei.

Eine glaubhafte, aktive Neutralitätspolitik muss deutliche Akzente in der Konfliktprävention und in der Entwicklung friedlicher Konfliktlösungsstrategien setzen.

Aktive grüne Neutralitätspolitik setzt um:

Österreich als Vermittler in Konflikten

Österreich erlangt mit seiner modern definierten aktiven Neutralität wieder jene Position als Vermittler, die es vor dem Eintritt der ÖVP in die Regierung innehatte. In dieser Position unterstützt Österreich Friedensbemühungen, indem es namhaft zur Stärkung internationaler UNO-Friedensmissionen beiträgt sowie Österreich als Verhandlungsort anbietet und mit Konfliktpartnern und internationalen Institutionen Strategien zur Konfliktminimierung ausarbeitet.

Allianz gegen Armut und Verelendung in den Ländern des Südens

Die österreichische Regierung unterstützt auf internationaler Ebene Bemühungen zur Erreichung eines Schuldenerlasses für Länder der so genannten "Dritten Welt". Die Grünen peilen eine Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bis 2006 auf 0,39 % des BIP an.

Unterstützung für eine "Tobin-Tax"

Die österreichische Regierung unterstützt auf internationaler Ebene die Bemühungen zur Schaffung einer Devisentransaktionssteuer ("Tobin-Tax") als Beitrag zur Stabilisierung der Wechselkurse und zur Gewinnung zusätzlicher Mittel zur Entwicklungsfinanzierung.

Keine Abfangjäger

Als Teil eines friedlichen und großen europäischen Projekts ist eine militärische Gefährdung Österreichs nicht zu erkennen. Abfangjäger sind weder aus neutralitäts- noch verfassungsrechtlichen Gründen notwendig.

Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht

Die allgemeine Wehrpflicht ist abzuschaffen. An deren Stelle treten kleine, gut ausgebildete und technisch wie finanziell gut ausgestattete Einsatzteams für den Katastrophenschutz bzw. eine UN-Brigade zur Friedenserhaltung im Auftrag des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Ein freiwilliger Sozial- und Friedensdienst ist weiterhin möglich. Zivildienstplätze sind nach Möglichkeit durch vollwertige Arbeitsplätze zu ersetzen.

Terrorismusbekämpfung

Im Rahmen der Terrorismusbekämpfung arbeitet Österreich auf eine Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen hin, um Hass, Terrorismus und Angst keine Chance mehr zu bieten. Männer und Frauen mit Zukunftsperspektiven wenden sich in den seltensten Fällen extremistischen Ideen und radikalen Organisationen zu. Mit aktiver, friedenspolitischer Außen- und Entwicklungspolitik trägt Österreich als neutraler Staat zu diesem Ziel bei.

3.8. Mit Rückgrat Europa gestalten

Die Grünen bekennen sich zu einer raschen europäischen Einigung ohne Veto-Drohungen als Möglichkeit, bestehende Probleme gemeinsam und nachhaltig zu lösen und (historische) Konflikte zu überwinden. Bestehende Demokratiedefizite der Europäischen Union sind im Zuge der Schaffung einer europäischen Verfassung und eines europäischen Grundrechtskatalogs abzubauen. In der gegenwärtigen Union haben Regierungen größeren Einfluss als die BürgerInnen der Staaten, die sie vertreten. Die Europäische Union muss eine Union der Menschen in einer offenen, demokratischen und zukunftsorientierten Gesellschaft werden.

Grüne Europapolitik setzt um:

Die Einigung Europas

Die Erweiterung der Union ist ein großer Schritt zur Überwindung der Spaltung Europas. Sie stärkt Zusammenarbeit, schafft einen großen, einheitlichen Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftsraum, etabliert demokratische Grundrechte und ist eine Möglichkeit, österreichische Umweltinteressen nachhaltig durchzusetzen. Mit dem Beitritt etwa der Tschechischen Republik zur EU erhält Österreich erstmals unmittelbar wirksame rechtliche Möglichkeiten, die Subventionierung des AKW Temelin zu verhindern, ohne die der Betrieb eines AKWs nicht möglich ist.

Die europäische Verfassung

Ein Grundrechtskatalog schafft unmittelbar durchsetzbare Grundrechte für die BürgerInnen. Die volle Mitbestimmung für das von den BürgerInnen gewählte Europäische Parlament ist die Grundlage einer europäischen Demokratie.

Die EU als Beschäftigungs- und Sozialunion

Sozialpolitik ist eine zentrale Aufgabe der Europäischen Union. Soziale Grundsicherung ist als Standard durchzusetzen. Vollbeschäftigung und einheitliche Mindeststandards im Arbeits- und Sozialrecht verhindern Lohndumping. Die Ökologisierung des europäischen Steuersystems schafft zusätzliche Arbeitsplätze und fördert Umwelt, Forschung, Innovation und technologische Entwicklung.

Impressum:

MH:
Die Grünen – Die Grüne Alternative – Bundesorganisation
Lindengasse 40
1070 Wien

Hersteller:
Druckerei Paul Gerin
Wienerfeldstraße 9
2120 Wolkersdorf

“Sie entscheiden jetzt über die Zukunft Österreichs.”
Prof. Dr. Alexander Van der Bellen

Wenn Sie sich genauer informieren wollen, rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns: 01/522 69 69, dialogbuero@gruene.at, Grünes Dialogbüro, Lindengasse 40, 1070 Wien

www.gruene.at